

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1916

20 (25.1.1916)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatlich 76 P., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatlich 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postkassett Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P., Schluss der Zeile am Freitagvormittag 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göttsch & Cie., Karlsruhe.

Die neuen Reichsteuern.

Im Vordergrund der inneren Politik steht die Frage, welche neuen Steuern wird die Reichsregierung dem Reichstag im März präsentieren? Noch immer hält sich die Reichsregierung hierüber in Schweigen. Lediglich nachstehende, offenbar von offiziöser Seite stammende Notiz geht durch die Mäntel:

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsschatzamt und den übrigen Reichsämtern sind so weit gediehen, daß das Staatsgesetz bis Mitte Februar im Bundesrat zur Beschlußfassung vorliegen wird. Auf jeden Fall wird der Reichstag bei seinem Zusammentritt Mitte März die Vorlage vorfinden. Im Gegensatz zu dem Etat für 1915 werden im nächsten Etat die fortlaufenden Ausgaben der Heeres- und Marineverwaltung nicht mehr aufgenommen werden, weil sie aus dem Anleihenfonds bestritten werden. Die einmaligen Ausgaben des Heeres- und Marineetats werden dagegen auch weiter im Etat erscheinen, weil sie aus laufenden Einnahmen gedeckt werden müssen. Durch das Fehlen der fortlaufenden Ausgaben dieses Etats tritt eine Entlastung der Ausgabenseite um etwa 1100 Millionen Mark ein. Dagegen steigen sich auf der Ausgabenseite die Aufwendungen für den Zinsendienst, die sich bei dem gegenwärtigen Stande der Kriegsanleihen auf zwei Milliarden belaufen, von denen eine Milliarde bereits im Etat für 1915 enthalten ist. Jede weitere Kriegsanleihe, die im Laufe dieses Jahres aufgenommen wird, erhöht naturgemäß die Ausgaben für die Verzinsung schon im Etat für 1916. Außerdem fehlen im nächsten Etat die rund 320 Millionen aus dem Wehrbeitrag. Infolgedessen würde der Etat trotz der erheblichen Verminderung der Ausgaben für Armee und Marine nicht zu balanzieren sein, wenn nicht neue Einnahmequellen erschlossen würden. Zu diesem Zweck werden, wie ja bekannt, einige Steuervorlagen mit dem Etat im Reichstag vorgelegt werden.

In der Polemik gegen eine Berliner Korrespondenz der „Allgemeinen Volkszeitung“ führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Samstag abend (Erste Ausgabe vom 23. 1.) unter der Rubrik „Kriegssteuern“ an der Spitze des Blattes hierüber aus:

Wie der Reichsschatzsekretär in der Dezenberberatung des Reichstages mitteilte, kann der Reichshaushalt für 1916/17 ohne neue Einnahmen nicht ins Gleichgewicht gebracht werden. Hier liegt eine zwingende Notwendigkeit vor. Angesichts des mit aller Sicherheit vorauszuweisenden Fehlbetrages des ordentlichen Etats für das kommende Rechnungsjahr wäre ein Verzicht auf Kriegssteuern nicht länger zu vertreten. Jeder andere Weg, sei es eine Defizitanleihe, sei es die Deckung der Lücken der Kriegsschuld aus neu aufzunehmenden Anleihen, wäre eine unverantwortliche Finanzgebarung, die überdies von unseren Feinden als Zeichen finanzieller Unzulänglichkeit zur weiteren Aufspitzung der Kursleidenhaft mißbraucht werden würde.

Wir müssen auch im Kriege die Ordnung in unserem laufenden Reichshaushalt aufrechterhalten. Das deutsche Volk hat so glänzende Proben seiner finanziellen Kraft in der Zeichnung auf die Kriegsanleihen abgelegt, daß ein Zweifel an seiner Fähigkeit, die für die Bilanzierung des ordentlichen Reichshaushalts erforderlichen Mittel trotz der Kriegsteuern im Steuerwege aufzubringen, seinen Augenblick gestattet ist. Ebenjener Zweifel an seiner Bereitwilligkeit.

Ueber das Wie! wird die Einigung erzielt werden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Vorschläge der Verbündeten Regierungen werden im Zusammenhalt mit den Steuermaßnahmen, die in den Einzelstaaten und Kommunen notwendig geworden sind, eine gerechte, die schwächeren Schichten nach Möglichkeit schonende Verteilung der Lasten bringen. Es wäre eine Kleinmütigkeit, die im Kriege neugeborenen Gemeinsinn der Parteien, wenn man annehmen wollte, daß die Parteien unfähig seien, sich über die notwendig gewordenen Kriegssteuern zu einigen. Es wäre ein schlechter Burgfrieden, der nur durch die Preisgabe von Staatsnotwendigkeiten erhalten werden würde. Die Tatsache, daß erst nach dem Friedensschluß über den Neubau der Reichsfinanzen endgültig zu beschließen sein wird, beseitigt nicht die Notwendigkeit, während des Krieges die Reichsfinanzen vor einem Verfall zu bewahren. Dagegen wird diese Tatsache den Parteien die Verständigung unter sich und mit den Verbündeten Regierungen erleichtern; denn es handelt sich jetzt nicht um die Schaffung dauernder Verhältnisse, sondern um Notbehelfe, die der Nachprüfung und der Einordnung in die endgültige Reichsfinanzverfassung unterliegen, nicht um Grundzüge, sondern um Kriegsmassnahmen.

Kriegssteuern! Notbehelfe! Das sind die Zauberworte, mit denen die Regierung, um die Klippen der neuen Steuererhebung herumzukommen hofft. Wie der Reichstag bisher Kriegskredite gegenüber sich die größte Selbstbeschränkung auferlegt und sie ohne Vorbehalt genehmigt hat, so glaubt die Regierung wahrscheinlich, daß wenn sie die neuen Steuern mit dem Namen Kriegssteuern belegt und sie als Notbehelf ausgibt, ihrer Annahme auch ohne jeden Widerstand sicher zu sein. Sie wird sich darin täuschen, wenigstens insoweit die Linke des Reichstages in Frage kommt. Bei der Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß sie die Steuern eingehendster Prüfung unterzieht, auch wenn es Kriess-

steuern sein sollen, und das „Berl. Tagebl.“ kündigt auch für die liberalen Parteien eine kritische Würdigung der neuen Steuern an: „Man kann nur wünschen, daß die Entwürfe dazu bei Zeiten veröffentlicht werden, damit eine unbefangene Kritik möglich ist; die Kritik nicht zu behindern, entspricht durchaus der hohen Einschätzung des Gemeinsinns der Parteien, worauf das Regierungsbüro mit Recht vertraut. Die Verutung auf den Burgfrieden wird mit ebensoviel Recht abgelehnt, damit wird nachgerade Mißbrauch getrieben. Nur ein abgekartetes Spiel hinter den Kulissen, das die Defensivität vor vollendete Tatsachen stellt, könnte dem Burgfrieden gefährlich werden.“

Der internationale Geldhandel.

Es gehört zu den nahesten Utopien der Gegenwart, daß durch den Weltkrieg die sämtlichen Beziehungen der kriegführenden Mächte abgebrochen seien. Wer das behauptet, kennt weder die Grundzüge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, noch die gewaltige Technik, die sich im Laufe von Jahrhunderten aus dieser Wirtschaftsordnung für alle Gebiete der wirtschaftlichen Beziehungen entwickelt und die die ganze Welt als ein einziges Reich betrachtet hat. Es ist klar, daß diese unendlichen Beziehungen des Weltmarktes nicht mit einem Male, plötzlich und vollständig durch die Kriegserklärungen der größten Wirtschaftsmächte beendet sein konnten. Sie sind zum Teil bestehen geblieben, oder haben ihre Form verändert oder sie haben sich gar in ihrer starren Wirksamkeit gerade verhärtet. Zu den letzteren Beziehungen der Weltmarktmächte, die der Krieg verhärtet hat, gehört der internationale Geldhandel. Wir wissen, besonders seitdem Marx die inneren Fäden der kapitalistischen Produktionsweise bloßgelegt hat, daß das Geld genau so eine Ware ist wie etwa Seide oder Stiefelwäpche; es ist aber in ganz besonderem Maße eine internationale Ware, weil es auf dem internationalen Weltmarkt am leichtesten ausgetauscht werden kann, da es nach bestimmten Einheiten und Größenverhältnissen sich sehr leichter untereinander in Beziehung bringen läßt, als dies bei irgend welchen andern Waren der Fall ist.

Der Krieg hat nun auf dem Gebiete des internationalen Geldmarktes die Verhältnisse gründlich revolutioniert, wie das ja auch auf andern Gebieten geschehen ist. Die allgemeinen Gesetze des Warenaustausches sind auch für den Geldmarkt durch den Krieg revolutionär umgestaltet worden und solange hier eine Regelung nicht eintritt, bleibt der Spekulation im Geldhandel Tor und Tür geöffnet. Der Handel mit Geld wurde aber genau so wie der Handel mit irgend einer andern Ware sehr bald auch ein Mittel der wirtschaftlichen Kriegsführung. Ein Land sucht die Währung des andern zu verwickeln, d. h. sein eigenes Geld zu höherem Wert zu bringen und das Geld des Feindeslandes im Wert herabzubringen. Für das deutsche Reich ergaben sich in dieser Beziehung sehr bald besondere Nachteile, da kein anderer Handel mit dem Ausland an Waren durch die englische Ausbaugeungspolitik so gründlich umgestaltet wurde, daß wir wohl noch mit Mühe und Not einige Waren einführen konnten, aber vor allem die ganze Ausfuhr einstellen mußten. Infolgedessen bildete sich der reine Geldhandel für Deutschland weit schärfer heraus, als für die feindlichen Länder, denen ein großer Teil des allgemeinen Warenhandels übrig blieb.

Der reine Geldhandel besteht darin, daß der Handel mit deutschen Reichsmark oder mit geldwertigen Wechseln, Schecks oder andern Zahlungsmittelungen genau so sich abspielt wie der Handel mit andern Waren, nur daß hier ausschließlich die internationalen Beziehungen in Frage kommen. Wenn z. B. ein Holländer in Berlin etwas gekauft hat, so sucht er in Amsterdam deutsche Geldnoten oder Anweisungen auf Deutschland zu kaufen und schickt diese nach Berlin zur Begleichung seiner Schuld. So verfährt jedes Land mit dem andern. Je mehr Geld von einem Land auf den Markt des andern angeboten wird, desto billiger ist dieses Geld natürlich zu haben, da sich die Kursdifferenz in der Preisbildung genau so nach Angebot und Nachfrage richtet, wie die Preisbildung bei irgend einer andern Ware. Nun hat sich, wie gesagt, dieses internationale Geldhandels die Spekulation unserer Feinde sehr bald bemächtigt und andererseits wurden die Zahlungen von Deutschland nach dem Ausland sehr viel teurer, weil in Deutschland sehr wenig fremdes Geld zu finden war, da wir nach dem Ausland sehr wenig Waren verkaufen können. Aus diesen Verhältnissen hat sich eine bedeutende Verschlechterung des Wertes der deutschen Reichsmark im Ausland herausgebildet; sie wurde in der Schweiz, in Holland und in den nordischen Ländern gegenüber dem Friedenspreis um 25 bis 50 Prozent im Werte vermindert, d. h. — praktisch ausgedrückt — wir mußten jetzt im Ausland Waren, die wir mit deutschem Gelde bezahlten mußten, das dardertshalbte bis zum doppelten an deutschem Gelde geben. Hier ist der Punkt, wo die internationale Geldhandels-Frage gerade auch für die Arbeiterklasse von gewaltiger Bedeutung wird. Denn ein Teil der Gründe für die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel liegt darin, daß wir die, wenn auch in kleinen Quantitäten, so doch immerhin noch eingeführten Lebensmittel aus dem Ausland mit 25 bis 50 Prozent Aufschlag bezahlen mußten, rein durch die Gesetze des Geldhandels, wie sie sich während des Krieges herausgebildet haben. Daher war die deutsche Abwehr gegen die Verschlechterung der Marktwährung auf dem internationalen Geldmarkt nicht nur eine Frage der deut-

lichen Bankwelt und des deutschen Unternehmertums geworden, sondern sie berührt auch die Volksernährung in ihrer Tiefe. Darum ist es auch vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse aus mit Freuden zu begrüßen, daß jetzt endlich — wenn auch reichlich spät, wie so oft bei den Regierungsmassnahmen — die deutsche Regierung durch eine Bundesratsverordnung sich bemüht, den internationalen Geldhandel staatlich zu regeln, so weit er von Deutschland betrieben wird.

Diese Regelung besteht darin, daß der ganze Geldhandel mit dem Ausland in Deutschland zentralisiert und durch die staatlichen Behörden kontrolliert wird. Es soll damit vor allem die Spekulation im Inlande ausgeschaltet und die ausländische nach Möglichkeit behindert werden. Zugleich wird aber auch beabsichtigt, in den internationalen allgemeinen Warenhandel einzugreifen, zu versuchen, die Ausfuhr zu steigern und den unsere Währung verschlechternden Luxusimport zu verhindern. Es ist ungemein interessant, daß es unter den besitzenden Klassen in Deutschland auch jetzt noch Leute gibt, die nur aus Paris ihre Kleider beziehen und aus Ausland Welse und Kaviar! Zugleich sichert die Regierung durch das staatliche Eingreifen einen soliden Geldhandel im Inlande, soweit das in der kapitalistischen Wirtschaftsweise möglich ist. Wir bekommen wieder Kursnotierungen für die ausländischen Geldnoten und damit ist besonders der Winkelspekulation die Möglichkeit genommen, das ausländische Geld, das noch in Deutschland zirkuliert, wucherisch zu handeln. Zu Beginn des Krieges haben wir ja auf diesem Gebiet die ungeheuerlichsten Beispiele erleben müssen. — Die Organisation sieht vor, daß unter Führung und Kontrolle der Reichsbank die bedeutendsten Großbanken und Bankfirmen in Berlin, Frankfurt und Hamburg allein für den internationalen Geldaustausch bestimmt werden. Es werden zugleich die Provisionen bestimmt und die Art des Verkehrs mit dem Publikum, sodas hier eine wirkliche Gewähr für eine solide Abwicklung der schwierigen Geschäfte gegeben ist. Die Einzelheiten sind banktechnischer Art und werden unsere Leser verhältnismäßig wenig interessieren. Das wichtigste ist, daß wieder einmal die kapitalistische Wirtschaft durch sich selbst ihre Anarchie erwiesen hat und daß wenigstens in diesen ungeheuer kritischen Zeiten die öffentliche Gewalt gezwungen ist, regulierend einzugreifen. Für uns Sozialisten ist das nur die Bestätigung einer alten Erfahrung.

Neue kriegssozialistische Massnahmen.

Die bisherige Regelung der Nahrungsversorgung, die zum Teil schon einen gewissen sozialistischen Charakter annahm, hat, trotzdem sie an sich die Ernährung sicherte, noch nicht auf allen Gebieten die erwünschten guten Resultate erzielt. Das ist aber weniger auf die, den getroffenen Massnahmen zugrunde liegenden Grundtendenzen, als auf ihre nicht genügend konsequente und zielbewusste Durchführung zurückzuführen. Ein besonders fühlbarer Mangel in der Organisation tritt in der letzten Zeit auf dem Gebiet der Fleischversorgung zutage. Hier will nun die preussische Staatsregierung den Versuch einer neuerartigen Regelung unternehmen, der, trotzdem er auch sehr tief in das Selbstbestimmungsrecht der Erwerbstätigen eingreift, die bisherige Höchstpreispolitik verlassen will. Es handelt sich um ein direktes Zusammenarbeiten der Produzenten, Händler und Verbraucher unter strenger staatlicher Aufsicht. Das wesentlich Neue ist, daß nicht der Staat sofort eingreift, beschlagnahmt und verteilt soll, sondern den Konsum durch eine freie Organisation aller Interessenten unter seiner Aufsicht betrieblaffen lassen will. Der erste Versuch dieser neuen Form soll in der Fleischversorgung gemacht werden und hier im besonderen in der Verwertung der Rinder, die jetzt außerordentlich stark auf dem Markt kommen, ohne daß dadurch der Preis sinkt. Die Viehproduzenten sollen mit den Viehhändlern in einer Art Zwangsorganisation zusammengeschlossen werden, die unter Staatsaufsicht kommt, und auf der andern Seite sollen ebenso unter Staatsaufsicht die Fleischhändler, d. h. die Fleischer und die Verbraucher, d. h. die konsumierende Bevölkerung organisiert werden. Die Verbraucher können entweder als Kommunalverbände oder als große Konsumentenorganisationen auftreten. Zwischen diesen beiden Teilen, zwischen den Viehproduzenten und Viehhändlern auf der einen Seite und den Fleischer und Verbrauchern auf der andern Seite soll dann nach Provinzen eine Ordnung der Produktion und des Bedarfs festgestellt und durch eine ordnungsmäßige Verteilung sichergestellt werden. Durch diese neue Form der Organisation sollen die Wucherprofite der Viehhändler beschnitten und auf der andern Seite verhindert werden, daß das Fleisch sofort von den Viehhändlern an Stellen geflüßt wird, die nicht den Fleisch- und Wursthöchstpreisen unterliegen, wie z. B. in die Konterbenfabriken und zu den Militärbehörden. Da die Verwirklichung dieses neuen Planes fast unmittelbar bevorsteht, wird man sehr bald Gelegenheit haben, seine Wirkungen zu beobachten. Wenn auch dieser Plan sicher aus der bevorzugen Rücksichtnahme auf die Interessenten der fleischproduzierenden Landwirte entfallen sein mag, so kann man sich doch nicht verhehlen, daß ihm eine gewisse Großzügigkeit eigen ist, die sich nicht an Kleinliche Bedenken über seinen sozialistischen Charakter stößt.

Totenliste der Partei.

Der Genosse Rupert Schermer, Vorsitzender der Königsberger Parteiorganisation, ist als Opfer des Krieges in Serbien gestorben.

Mit den Parteidifferenzen in Bremen

Wird sich am nächsten Dienstag eine General-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Bremen befehlen. Der Vorstand hat mit 13 gegen 7 Stimmen eine der General-Versammlung zu unterbreitende Resolution angenommen.

Mit der Haltung der Reichstagsfraktion und der Stellungnahme des Parteiaussschusses

behaftete sich der Kreisvorstand des Wahlkreises Kottbus-Spremberg. Der Abg. des Kreises Genosse Geibel richtete die Haltung der Fraktion. Am Schlusse der Aussprache wurde gestimmt auf die einstimmige Rundgebung.

Der Zucker darf nicht teurer werden.

Die Deffentlichkeit wird immer wieder durch Gerüchte beunruhigt, die eine bevorstehende Verteuerung des Zuckers ankündigen. Sie wurden verurteilt durch eine im Reichstagsrat am 5. Januar stattgefundene Konferenz.

Soziale Rundschau.

Hohe Lebensmittelpreise als Erzieher zur Sparbarkeit.

In den Erörterungen über die Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel kann man häufig die Aeußerung hören, daß hohe Preise erzieherisch wirken. Die Verbraucher und besonders die Hausfrauen würden zur Sparbarkeit und zum häuslichen Wirtschaften angehalten.

Alles in allem genommen darf man wohl behaupten, daß die Lebensart von der erzieherischen Wirkung hoher Lebensmittelpreise lediglich Unheil anrichtet. Daß die an den hohen Preisen sekundär interessierten Kreise mit dieser angeblichen Begründung haften gehen, ist erklärlich.

Der Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen hielt am 15. Januar eine Sitzung seines Gesamt-Vorstandes in Berlin ab.

Die Hauptaufgabe ist im vergangenen Jahre mit vielen Erfolgen auf allen Gebieten der Nahrungs- und Verbrauchsmittelversorgung im Interesse der Verbraucher tätig gewesen. Sie hat in dieser Sache eine große Anzahl wichtiger Eingaben an die zuständigen Behörden gemacht.

Die Ansprüche über den gegenwärtigen Stand der Nahrungs- und Verbrauchsmittelversorgung und über die künftigen Aufgaben des Kriegsaussschusses ergab eine vollständige Übereinstimmung aller Vertreter. Sie bekräftigten einmütig den Willen, wie bisher auch künftig geschlossen zusammenzuarbeiten.

Die Organisation der Volksfürsorge ist jetzt in fast allen Rechnungstellen neu aufgebaut und auf den Kriegszustand eingerichtet. In die Listen der kriegsdienstfähigen und eingezogenen Funktionäre sind militärische Kollegen oder Frauen eingetragen.

Nach Vollendung dieser Kriegsorganisation wird eine stärkere Verbetätigung für die Volksfürsorge wieder möglich sein. Der Einwand, daß die Verhältnisse in einzelnen Orten für neue Versicherungen nicht günstig seien, ist nicht stichhaltig.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

Folgenschwere Messerscherei. Am Sonntagabend kurz nach 11 Uhr wurde der Dragonerunteroffizier Hornich vor einer Wirtschaft von dem 46jährigen Fabrikarbeiter Fritz Megele erschossen.

Ettlingen.

Rascher Tod im Eisenbahnzug. Vorgefem früh bemerkte auf der Altbahn der Schaffner bei der Kontrolle der Fahrkarten, daß in dem Eisenbahnwagen ein Fahrgast lag, der tot war.

Baden-Baden.

Städtische Volkshöherei. Der Besuch und die Bemühung der Stadt, Volkshöherei macht trotz des Krieges gute Fortschritte. War auch im Jahre 1914 bei Ausbruch des Krieges ein Rückschlag eingetreten, so brachte das Jahr 1915 eine solche Zunahme, die das vorhandene Bedürfnis nach einem guten Buch grell beleuchtet.

Heidelberg.

Ein 32 Jahre alte Krankenpfleger aus Mannheim wurde am Samstag mittag im Stadtwald beim Felsennest tot aufgefunden. Die Selbstmörderin hatte Gift genommen und sich die Pulsadern geöffnet. Die Leiche wurde in das pathologische Institut gebracht.

Mannheim.

Durch Vermittlung des Roten Kreuzes in Mannheim sind in der Weihnachtszeit für ungefähr 110 000 Mark Liebesgaben an die Truppen ins Feld gegangen. Zu der großen Weihnachtsfeier des Badischen Landesoberkommandos wurden aus Mannheim über 21 000 Pakete beigesteuert.

Lauda.

Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein der Bahnwache angehörender Landsturmman bei Ausübung seines Dienstes von einem Zuge überfahren und getötet.

Die Posse.

Kein verständiger Mensch wird behaupten, daß unsere Posse in der Kunst einen besonders hohen Rang zu beanspruchen hat. Dennoch aber ist es gerade die Posse und der gewöhnliche Scherz, welche dem Theaterdirektor das meiste Geld einbringen.

Das Drama zeigt uns die Schönheit des Handelns, die Reinheit und Zusammenfassung des Lebens auf aesthetischer Stufe, das Trauerspiel, die vollkommene Schtheit des inneren Wesens, und die Tragödie, die Eigenart oder das Können des heldenhaften Geistes.

Wir können herhaft lachen über den halbblöden Dorfrentier, den hypermodernem Ausländer, die sich wild abdröhnenden Schwiegermutter, oder dem naivsten Badfischen der Bühne, oder auch der putzigen Ausstattung eines neuen Stückes.

Verdammt. Man will es nicht hören, weil es edle Menschen auf die Bühne stellt. Ist es denn aber wirklich so wichtig, zu sehen, wie wir sind? Muß es uns nicht um vielfaches wichtiger sein, wie wir sein sollten?

Invalider Seemann.

Run liegt er trocken auf dem Sand, Vom Lebensweltmeer ausgehien, Anstatt nach manchem fernem Strand Mit vollem Tafelwert zu ziehn.

Heiteres.

Juristisches. Zeugen sind diejenigen Personen, die einen Vorgang gesehen haben, aber nichts davon verstehen. Sachverständige sind diejenigen Personen, die einen Vorgang nicht gesehen haben, aber etwas davon verstehen. Richter sind diejenigen Personen, die einen Vorgang weder gesehen haben, noch etwas davon verstehen. („Simpl.“)

Die Organe... der Partei... des Reichstags... der Konsumenteninteressen... der Volksfürsorge... der Stadt... der Bahn...

Die Organe... der Partei... des Reichstags... der Konsumenteninteressen... der Volksfürsorge... der Stadt... der Bahn...

Aufruf.

Zum zweiten Mal in schwerer, ernster Zeit begehren wir unseres Deutschen Kaisers Geburtstag. Die Herzen des deutschen Volkes, die er sich im Laufe der Jahre durch seine nie ruhende Sorge für die Wohlfahrt und die friedliche Entwicklung unseres Vaterlandes, sein treu ausdauerndes Pflichtgefühl, durch die klare Wahrheit, durch seinen edlen, gerechten Sinn erobert hat, schlagen ihm zu diesem seinem Ehrenfest in freudiger Liebe und mit zuversichtlichen Vertrauen entgegen; wir Alle stehen zu Gott, daß es seinem ehrlichen Willen beschieden sein möge, einen edlen Sieg und einen ehrenvollen, dauernden Frieden zu gewinnen, dessen Güter zu bereichern und zu mehren er gelobt hatte.

Nach aber ist der eiserne Ring der Feinde nicht ganz zerbrochen, der uns zerdrücken sollte. Noch heute gibt es feststehende und durchzubacken. In diesem Ziele sind wir ein einziges Volk, alle die draußen im Felde kämpfen und für die Sicherung des Heimatlandes todesmutig Blut und Leben hingeben bereit sich zeigen und alle die im Innern des Reiches vaterländische Pflicht erfüllen.

In diesem Streben wissen wir uns eins mit unserem Kaiser. Und wenn wir in diesem Jahre wiederum um unsere Unabhängigkeit darbringen wollen, so können wir unsere Gefühle der Dankbarkeit, der Verehrung, Liebe und Treue nicht besser beweisen, als indem wir den Wunsch erfüllen, den Seine Majestät in dem an den Herrn Reichskanzler gerichteten Erlaß vom 12. Januar 1916 ausgesprochen hat, und Gaben der Liebe zur Vinderung der durch den Krieg geschlagenen Wunden spenden oder an der Kriegsfürsorge in erhöhtem Maße teilnehmen.

Das ist auch der Zweck, dem der Badische Landesverein vom Roten Kreuz sich widmet. Umfangreich und vielartig sind die Aufgaben, die uns gestellt wurden durch Fürsorge für unsere Verwundeten, Versorgung der Truppen mit Liebesgaben, Hilfe für die im Feindesland gefangen gehaltenen Landsleute und Unterstützung der Angehörigen unserer tapferen Krieger.

Nicht geringer werden mit der Dauer des Krieges die erforderlichen Aufwendungen. Sollen wir diesen Anforderungen, soweit wir nur irgend können, genügen, so sind wir auf die weitere befreundete Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung des Badischen Landes angewiesen, an die sich bisher schon nicht ohne Erfolg zu wenden begonnen war.

Jede, auch die kleinste Gabe hilft. Allorts eröffne sich eine Sammelstelle, die uns die gütigen Spender zuführt. Nicht umgehört soll auch bei uns der Ruf des Kaisers verhallen. Seiher Dank sei Allen, die auch auf solche Weise freudig ein Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darbringen und es als einen weiteren Grundstein zu dem festen Bau des Reiches und eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes weihen.

Der Ehrenvorsitzende des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
Rag. Prinz von Baden.

Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege für das Großherzogtum Baden:
Freiherr von Zobman.
Der Generalsekretär des Badischen Frauenvereins:
Geheimerat Müller.

Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
General Limberger.
Der Vorsitzende der Depot-Abteilung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
Geh. Oberregierungsrat Bed.

An die Einwohner von Karlsruhe und Umgebung!

Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz fordert in einem öffentlichen Aufruf die Bevölkerung des ganzen Landes auf im Sinne des von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser

an den Herrn Reichskanzler gerichteten Erlasses vom 12. Januar ds. Js. zur Vinderung der durch den Krieg geschlagenen Wunden

den Landesverein durch freiwillige Gaben zu unterstützen

und die Liebe zu Kaiser und Reich durch Werke fürsorglicher Liebestätigkeit für unsere tapferen Truppen zu bekräftigen.

An die Einwohnerschaft der Stadt Karlsruhe u. ihrer Umgebung richten wir darum die Bitte, durch viele Geldspenden das Werk des Roten Kreuzes zu fördern.

Spenden, auch die kleinsten, verdienen sich reichsten Dank und werden bis 1. Februar entgegengenommen von:

- | | |
|--|---|
| der Kassenverwaltung des Landesvereins vom Roten Kreuz, Gartenstraße | dem Bankhaus Heinr. Müller, Markgrafenstraße 51 |
| der Depotabteilung des Landesvereins, Stefanienstraße 74 | der Vereinsbank, Kreuzstraße 1 |
| der Filiale der Badischen Bank, Friedrichsplatz 12 | den Geschäftsstellen der hiesigen Tageszeitungen: |
| der Filiale der Rheinischen Creditbank, Waldstraße 1 | Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1 |
| der Filiale der Mitteld. Creditbank, Kaiserstraße 96 | Badische Presse, Dammstraße 1b |
| der Filiale der Südd. Discontogesellschaft, Kaiserstraße 146 | Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrichsstraße 14 |
| d. Bankhaus Strauß & Co., Friedrichspl. 1 | Badischer Beobachter, Adlerstraße 42 |
| d. Bankhaus Veit-L. Homburger, Karlstr. 11 | Badische Landeszeitung, Hirschstr. 9 |
| | Volksfreund, Luisenstraße 24 |
- sowie sämtlichen hiesigen Sammelstellen für das Rote Kreuz. 341

Der Ortsausschuß vom Roten Kreuz der Stadt Karlsruhe.

Pferdefleisch.

Hauptverkaufstage für meine Fleisch- und Wurstwaren zu dem bekannten Preis —
Mittwoch und Samstag. 74

Theodor Gramlich
Pferdeschlächterei mit elektrischem Betrieb.
Durlacherstraße 59. — Telephon 3319.

Nationaler Frauentag
Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Festhallsaal

3. Mütter-Abend.
Thema: „Die Zukunft unserer Töchter.“
Frau Marie Salsch.
Eintritt frei. Jedermann willkommen.
Der Vorstand. 343

Nathausaal.
Freitag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr
Öffentlicher Vortrag
von Fräulein Ely Schmidt über:
Chemie und Haushalt
eine Plauderei aus dem täglichen Leben.
Freie Ausprache.

Saaloöffnung 7 1/2 Uhr. Eintritt frei.
Der Badische Frauenverein, der Karlsruher Hausfrauen-Bund, der Katholische Frauenbund. 345

Tierschutzverein Karlsruhe.

Die 40. ordentliche Hauptversammlung des Tierschutzvereins Karlsruhe findet am
Mittwoch, den 9. Februar d. Js., abends 8 1/2 Uhr

- im Nebenzimmer des Gasthauses zu den „Vier Jahreszeiten“, Gabelstraße 21, statt, mit folgender Tagesordnung:
1. Entgegennahme des Berichtes des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins.
 2. Bericht des Rechners über die Jahresrechnung.
 3. Entlastung des Vereinsvorstandes und des Rechners für die Jahresrechnung auf Grund des Berichtes der Rechnungsprüfer.
 4. Anträge und Wünsche.
- Wir laden unsere Mitglieder und Freunde des Tierschutzes hierzu herzlich ein.
Karlsruhe, den 25. Januar 1916. 344
Der Vorstand.

Nr. 7 des Kriegskarten-Atlas

zeigt den serbischen Kriegsschauplatz. Sie ist wie alle andern 9 Karten des Atlas reich beschriftet, vielfarbig gedruckt und hoch leicht lesbar. Der Atlas enthält:

1. Karte des russischen Kriegsschauplatzes (Rarbofen).
2. Karte des russischen Kriegsschauplatzes (Sibofen).
3. Karte des französischen Kriegsschauplatzes.
4. Uebersichtskarte von Frankreich und Belgien.
5. Karte der britischen Inseln und des Kanals.
6. Karte von Ober-Italien und Nachbargebiete.
7. Karte vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.
8. Karte der europäischen Türkei und Nachbargebiete (Dardanellen-Strasse, Marmara-See, Bosporus).
9. Uebersicht der gesamten türkischen Kriegsschauplatze (Aegypten, Arabien, Persien, Afghanistan).
10. Uebersichtskarte von Europa.

Der Atlas ist dauerhaft gebunden und bequem in der Tasche zu tragen. Das geschlossene Kartenmaterial wird vor allen Dingen unseren Braven

im Felde als passendes Geschenk willkommen sein. Preis Mk. 1.50. (Nach auswärts 15 Pfennig Porto.)

Buchhandlung „Volksfreund“
Luisenstraße 24. Telefon 128.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Serbien!

Die kriegerischen Ereignisse auf dem Balkan verfolgt man am besten auf der

Prof. W. Liebenow's
Kriegskarte der Balkanstaaten
1:1 250 000

Die bekannte Karte bringt in Größe von 78:106 cm die Gebiete zwischen Pola im Westen und Odessa im Osten, nicht im Norden und Mytilini im Süden. Sie ist überaus reich beschriftet, vielfarbig und zeigt in Nebentönen den Bosporus und das gesamte Osmanische Reich.
Preis Mk. 1.— in Umschlag.

Zu beziehen durch
Buchhandlung Volksfreund
Luisenstraße 24. — Tel. 128.

Verkauf von Ochsen- und Rindfleisch

bester Beschaffenheit.
(Gefrierfleisch).
Verkaufsstelle: Zähringerstraße 47.

Verkaufszeit an sämtlichen Wochentagen mit Ausnahme von Dienstag und Freitag vormittags von 8—11 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr.

Der Verkaufspreis beträgt:

1. für Hals, Stich, Wade und dünner Platz 90 g das Pfund
2. im Allgemeinen 1 M das Pfund
3. für Vorzugstücke (Schopf und Lummel) 120 M das Pfund

An den einzelnen Käufer werden nicht mehr als 2 Pfund an einem Verkaufstag abgegeben.

Es empfiehlt sich, das Fleisch, welches in aufgetautem Zustand verkauft wird, baldigt im Haushalt zu verwenden.

Das Fleisch wird seines billigeren Preises wegen in erster Reihe an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben. 121

Karlsruhe, den 4. Januar 1916.
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Erdal

anerkannt bester
Wachs-Lederputz ohne üblen Geruch!
Keine Preiserhöhung!